

Rahmenbedingungen erschweren die Nachwuchsgewinnung

VV-Vorsitzende tagen in Münster – Kritik an Bürokratie und Budgetierung

Der Rückgang der Niederlassungsbereitschaft alarmiert auch die Vorsitzenden der Vertreterversammlungen (VV) aller 17 Kassenzahnärztlichen Vereinigungen. Bei einer Tagung in Münster forderten sie eine Verbesserung der Rahmenbedingungen und eine Stärkung der Selbstverwaltung.



Die VV-Vorsitzenden kritisierten bei ihrer Tagung in Münster die Rahmenbedingungen für die Berufsausübung.

Gastgeberinnen waren Dr. Sabine Wagner, VV-Vorsitzende der KZV Westfalen-Lippe, und ihre Stellvertreterin Dr. Silke Henne.

Der Nachwuchs fehlt den KZVen nicht nur, wenn es um die Gründung oder Übernahme einer Praxis geht. Auch die Gremien der Selbstverwaltung tun sich zunehmend schwerer, jüngere Kolleginnen und Kollegen zu gewinnen. Das beste Rezept dagegen sei die persönliche Ansprache, waren sich die Teilnehmer einig. Eines der wichtigsten Argumente für ein Engagement in der Selbstverwaltung: Der kollegiale Austausch und ein Mehrwert an Wissen hat auch für die Tätigkeit in der Praxis Vorteile.

Einig waren sich die VV-Vorsitzenden auch darin, dass die aktuellen politischen

Rahmenbedingungen die eigene Praxis immer unattraktiver machen. Überbordender Bürokratismus, Fachkräftemangel, eine fehlgeleitete Digitalisierungsstrategie – all das fördere den Trend zur Anstellung.

In einigen KZVen versucht man bereits, dem durch Förderprogramme entgegenzuwirken. Der bayerische VV-Vorsitzende Dr. Jürgen Welsch glaubt jedoch, dass das Problem nur durch einen Kurswechsel in der Gesundheitspolitik gelöst werden kann. „Es muss endlich wieder Spaß machen, sein eigener Chef zu sein. Das wird nur gelingen, wenn die Bürokratiebelastung reduziert wird und die Vergütung sowohl in der gesetzlichen als auch in der privaten Krankenversicherung an die allgemeinen Kostensteigerungen angepasst wird.“

Aktuell ist jedoch eher das Gegenteil der Fall: Die Einführung der elektronischen Patientenakte ab 2025, die Budgetierung in der GKV und der GOZ-Punktwert aus dem Jahr 1988 wirken demotivierend auf die jungen Kollegen. Die Protestaktionen in fast allen Bundesländern hätten kaum Wirkung gezeigt. Dennoch werde man im Wahljahr 2025 nachlegen. „Die Politik kann zumindest nicht sagen, wir hätten nicht vor dem Praxissterben gewarnt“, so Welsch.

Fazit: Politische Versäumnisse kann die Selbstverwaltung nur bedingt ausgleichen. Umso wichtiger ist der Austausch zwischen den KZVen. Das nächste Treffen findet am 4. und 5. April 2025 in Nordrhein statt.

Redaktion